

Die Zukunft kommunaler Krankenhäuser

Privatisierung als Handlungsoption?

Unter dem Druck leerer Kassen versuchen Kommunen mit verschiedensten Mitteln ihre Haushaltssituation zu verbessern: auf der einen Seite wird viel Energie in die Ausdehnung eigener Wirtschaftstätigkeit gesteckt, auf der andern Seite sucht man durch teilweise oder kompletten Verkauf kommunaler Betriebe Einnahmen zu erzielen oder Verluste zu vermeiden.

Diese Entwicklung macht auch vor kommunalen Krankenhäusern nicht Halt. Die Zahl der öffentlichen Häuser verringerte sich zwischen 1995 und 2000 um 118 auf 744, die Zahl der privaten Krankenhäuser stieg um 73 auf 446¹. Nach der Studie „Krankenhaus 2015“ der Unternehmensberatung Arthur Andersen wird sich die Zahl der öffentlichen Krankenhäuser vom derzeitigen Stand bis 2015 nochmals weiter um fast die Hälfte verringern. Die Gesamtzahl der Krankenhäuser aller Träger sowie die Zahl der Betten wird insgesamt weiter deutlich sinken.

Private Klinikbetreiber, die eigenständig, als Finanzpartner oder als Käufer kommunaler Kliniken expandieren, sind z.B. Asklepios, Mediclin, Paracelsus, Rhön-Klinikum und Sana.

Es sind eine Vielzahl von negativen Rahmenbedingungen, die die aufgezeigte Entwicklung bedingen und kommunale Kliniken zum Handeln, u.U. zur Privatisierung (in Form eines kompletten Verkaufs, einer Mehrheits- oder einer Minderheitsbeteiligung Privater) zwingen:

¹ Oberender, P, Ecker, Th.: Wieviel ist mein Haus wert? Bewertung von Kliniken: Grundprinzip und Anwendungsmöglichkeiten. In: Krankenhaus Umschau 10/2002, S. 854-656

- die zunehmenden Engpässe in den öffentlichen Haushalten
- die zunehmende Einnahmekrise der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)
- der Investitionsstau
- die Gesetzgebungen zur Gesundheitsreform / das veränderte Finanzierungssystem (Einführung von DRGs)
- eine rigidere Krankenhausbedarfsplanung der Länder
- die veränderte Eigenkapitalbestimmungen (Basel II)
- die beginnende Internationalisierung des Krankenhausmarktes²

Eine Privatisierung in der oben definierten Form hat für die Kommune als Träger und für das Krankenhaus verschiedene Vor- und Nachteile, die umso stärker ausgeprägt sind, je größer der Anteil privaten Kapitals ist.

Vor- und Nachteile der Privatisierung

Vorteile	Nachteile
Entlastung des öffentlichen Haushalts	geringerer Einfluss der Kommune
Unabhängigkeit von der Haushaltslage der Träger-Kommune	Druck der Anteilseigner zur Renditesteigerung
größere Flexibilität der Entscheidungsträger, insbes. der Unternehmensführung	optimale Patientenversorgung tritt hinter dem Ziel der Gewinnerzielung zurück
verbesserte Investitionsmöglichkeit durch eine Stärkung der Eigenkapitalbasis	Einschränkung der betrieblichen Mitbestimmung
größere Flexibilität im Personalbereich	

Für private Investoren ist ein Engagement umso interessanter, desto mehr sie, im wesentlichen in Abhängigkeit von der Höhe ihres finanziellen Engagements, die Geschäftspolitik mit bestimmen können. Generell ist eine finanzielle Beteiligung für private Kapitalgeber nur dann attraktiv, wenn sich die eingesetzten Mittel entsprechend verzinsen.

² s. u.a.: Bandey, U., Fitzner, V.: Kliniken vor dem Börsengang. In: Krankenhaus Umschau 10/2002, S. 846-852

Daraus folgt zwangsläufig, dass mit der Beteiligung Privater ein grundsätzlicher Kurswechsel verbunden ist: Während heute bei größtmöglicher Wirtschaftlichkeit eine bestmögliche medizinische Versorgung der Bevölkerung höchste Priorität hat, wird dann die Gewinnerzielung zur obersten Maxime. Fraglich ist, ob solches immer dem Wohl der Patienten dient.

Fraglich ist ferner, ob dies mit dem „öffentlichen Auftrag“ kommunaler Krankenhäuser vereinbar wäre. Denn gegenwärtig stehen der Gewinnerzielung als strategischem Ziel die landesrechtlichen Bestimmungen entgegen. Eine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen, um die es sich dann handeln würde, ist nach den Gemeindeordnungen der Länder nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich.³

Gegenwärtig stellt sich durch die aktuelle Gesetzgebung von Bund und Land sowie durch die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen die Situation für viele kommunale Krankenhäuser aber derart aussichtslos dar, dass die Mehrheitsbeteiligung Privater bis hin zu einem völligen Verkauf des Hauses als einzige Option erscheint.

Eine solche Entscheidung ist später jedoch nicht zu revidieren. Deshalb sollte die Kommune, bevor sie einen derartigen Schritt tut, alle anderen Handlungsoptionen ausgeschöpft haben.

³

vgl. Scholl, M.: Was bedeutet der „öffentliche Zweck“ heute? In: Püttner, G.: Zur Reform des Gemeindefinanzrechts. Baden-Baden 2002, S. 85-97

Handlungsoptionen für kommunale Krankenhäuser

Kooperation mit anderen Krankenhäusern (z.B. im Bereich Management, Beschaffung) (vgl. z.B. die Träger-Modelle Vivantes, Berlin, LBK, Hamburg)
Ausgliederung von Geschäftsfeldern / Outsourcing (z.B. Wäscherei, Reinigung, Technik etc. -> Konzentration auf die Kernkompetenz))
Zusammenschluss / Fusion mit anderen Krankenhäusern
„formelle Privatisierung“ durch Überführung von der öffentlichen Rechtsform in eine Rechtsform des privaten Rechts
„materielle Privatisierung“ durch Beteiligung privaten Kapitals an einem bereits privatrechtlich organisierten Krankenhaus ⁴
Kooperation / Vernetzung mit anderen Leistungsanbietern im Gesundheitswesen (z.B. niedergelassene Ärzte, Altenheime)
Spezialisierung

Erscheint dennoch eine Privatisierung als die beste Lösung, so mag dies aus der Sicht einer einzelnen Kommune durchaus rational und auch im Hinblick auf die Versorgung der Bevölkerung momentan vertretbar sein, weil beispielsweise in Nachbargemeinden ausreichend Krankenhäuser verfügbar sind. Unter Umständen ist sie aber auf die Dauer hinsichtlich der Qualität und der regionalen Verfügbarkeit der medizinischen Versorgung volkswirtschaftlich nicht zu akzeptieren.

Hier sind also in erster Linie der Bund und die Länder gefragt, adäquate Rahmenbedingungen für den Fortbestand einer ausreichenden Zahl kommunaler Krankenhäuser zu schaffen.

Die Entscheidungsträger aller politischen Ebenen tragen für die Zukunft kommunaler Krankenhäuser Verantwortung! Die Verantwortlichen in den Kommunen sind aber ohne einen Richtungswechsel in der Bundes- und Landespolitik bald ohne jede Handlungsalternative!

⁴ vgl. zu den verschiedenen Formen der Privatisierung z.B. auch: eLearning Kommunalpolitik; Wirtschaft & Arbeit in Gemeinde und Region, www.kas.de